

DIESE GRÜNEN!



KINDER- UND JUGENDFÖRDERPLAN RELOADED

■ JUGENDARBEIT MUSS WEITER FINANZIELL ABGESICHERT WERDEN



Dies ist die wichtigste Maxime, wenn es darum geht, nun den Kinder- und Jugendförderplan für die Jahre 2010-2014 weiterzuentwickeln.

Die Fortschreibung des kommunalen Kinder- und Jugendförderplanes ist eine gesetzliche Aufgabe gemäß §15 Abs. 4 des KJHG (Kinder- und Jugendhilfegesetzes) und muss für die jeweilige Ratsperiode einer Stadt festgeschrieben werden. Da es aber nicht nur um das „liebe Geld“ geht, sondern auch geschaut werden soll, wo in Zukunft Prioritäten in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gesetzt werden sollen, ist dies in Zeiten knapper Kassen eine Debatte, die auch die Emotionen hochkochen lässt. Damit diese Diskussion auch fachlich fundiert und mit der nötigen Sorgfalt geführt werden kann, wurde auf Vorschlag der GRÜNEN eine Begleitkommission eingerichtet. Diese

hat in einem ersten Aufschlag noch vor den Sommerferien den ersten Entwurf des gut 40 Seiten umfassenden Plans beraten. Neben einer Ist-Beschreibung des Angebotes in Feldern wie z.B. der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit oder der Jugendkulturarbeit wurde auch die Entwicklung der letzten Jahre in den Blick genommen. Auch wenn es in vielen Bereichen eine positive Entwicklung gegeben hat, so ist nicht erst seit der zunehmend dramatischeren Haushaltslage einiges nicht mehr finanzierbar, was früher zum liebgewonnenen Standard gehörte.

So ist die Grundüberholung von Kinderspielplätzen weitaus seltener geworden und es können beispielsweise nur noch einzelne Spielgeräte ersetzt werden. Auch bei den sogenannten Querschnittsaufgaben der Jugendförderung ist bereits in der Vergangenheit der

Rotstift angesetzt worden. So gibt es seit geraumer Zeit kein Referat Mädchenarbeit im Fachbereich Jugend und Freizeit mehr, und dies in Zeiten, wo geschlechterdifferenziertes Arbeiten immer mehr an Bedeutung gewinnt. Mag dies vielleicht nicht alleine der Finanzlage, sondern auch interner Umstrukturierungen geschuldet sein, so ist in anderen Bereichen klar, dass das Damoklesschwert Finanzen über allem schwebt. Ein Beispiel: die finanziellen Ressourcen in der Jugendverbandsarbeit stagnieren seit vielen Jahren auf gleichbleibendem, niedrigem Niveau.

Alles Lamentieren hilft hier aber nicht weiter, sondern eine offene Debatte über alle Fraktionsgrenzen hinweg und mit den Trägern der Jugendförderung ist von Nöten. Allen sollte klar sein, ein Sparen an der Zukunft unserer Stadt, den Kindern und Jugendlichen

wäre fatal. Jugendförderung ist Prävention im besten Sinne und das ist allemal günstiger, als die Kosten, die straffällig gewordene Jugendliche verursachen. Es wird sicherlich in Zukunft nicht in jedem Bereich der Kinder- und Jugendförderung der „Status Quo“ gehalten werden können. Gerade deshalb bedarf es einer ehrlichen Debatte, auch wenn sie weh tun wird. Wir als GRÜNE Ratsfraktion stehen für eine flächendeckende Absicherung der Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die auch durch Kooperationseinrichtungen von verschiedenen Trägern möglich sein kann sowie der Weiterführung von politischen Partizipationsprojekten wie den Bezirksjugendräten. Ferner gilt es, die Angebote der Jugendkulturarbeit – eventuell auch in Kooperation der Einrichtungen – weiterhin aufrecht zu erhalten. Die ehrenamtlich durchgeführte Jugendverbandsarbeit darf finanziell nicht noch weiter beschnitten werden, sonst steht sie schon bald vor den Kollaps. Es gilt also, kreative Lösungen zu finden, durch Kooperation und Angebotsveränderung sowie durch Public Private Partnership und Stiftungsgelder die Angebote abzusichern. Dort, wo das Angebot und die Angebotsformen von Kindern und Jugendlichen nicht mehr hinreichend angenommen wird, müssen die Angebote durch neue Konzepte ersetzt werden oder in ihren Umfang heruntergefahren werden. Eine finanzielle Einsparung muss also nicht mit Schließungen verbunden sein. Das weite Feld der Jugendförderung gilt es zu erhalten, denn es macht unsere Stadt lebens- und liebenswert. Wir hoffen, dass auch die Fraktionen von CDU und SPD dies so sehen. Denn wer lässt sich schon gerne den „schwarzen Peter“ zuschieben, wenn an den Jüngsten gekürzt werden soll.



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

Sonne und Regen haben sich in den letzten Monaten abgewechselt, genauso wie es positive und negative Ereignisse für Wuppertal gibt.

Leider trifft das Sparpaket der schwarz-gelb geführten Bundesregierung die ärmsten Menschen am härtesten, eine ganze Menge Belastungen werden vom Bund an die Kommunen weiter gereicht. Ein Lichtblick ist die rot-grüne Landesregierung NRW, die immer schneller Fahrt aufnimmt. Die GRÜNE Bildungsministerin Sylvia Löhrmann erläutert uns die wichtigsten Vorhaben für NRW, unter anderem, auf welche Weise das Land Nothaushaltskommunen wie Wuppertal helfen kann. Mit diesem Lichtblick wünschen wir Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre

Ihr Redaktionsteam

IMMER AUF DIE KLEINEN - GESETZ UND REALITÄT BEIM RECHTSANSPRUCH

Theoretisch haben Eltern einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuungsplätze ab dem 1. Lebensjahr ab 2013, in der Realität bleibt aber hier in Wuppertal noch einiges zu tun.

Mit einer großen Anfrage zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Juli hat die GRÜNE Fraktion Hintergründe zum aktuellen Ausbaustand der Kinderbetreuung für unter Dreijährige Kinder in Wuppertal erfahren. So sieht die aktuelle Bedarfsplanung bis zum Jahr 2013 für 0-2 jährige Kinder eine Versorgungsquote von 30%, für 2-3 jährige Kinder eine Versorgungsquote von 60% vor. Um diese Versorgungsquoten zu erreichen, sind bis zum Jahr 2015 insgesamt 2066 Plätze in Tageseinrichtungen und 1474 Plätze in Tagespflege zur Verfügung zu stellen. Tatsächlich hat der Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige in den letzten Jahren in Wup-



pertal nur kleine Fortschritte gemacht. Seit Januar 2007 wurden 855 Plätze in Tageseinrichtungen und 340 Plätze in Tagespflege neu eingerichtet. Letztlich müssen jedoch zur Erfüllung des Rechtsanspruches bis 2013 noch 987 Plätze in Tageseinrichtungen und 1074 Plätze in Tagespflege geschaffen werden. Die bisherige schwarz-gelbe Lan-

desregierung hat den Ausbau der U3-Betreuung in den letzten Jahren durch eine „Politik der klebrigen Hände“ stark behindert. So hat das Land NRW die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel für Betriebskosten einbehalten. Die neue rot-grüne Landesregierung wird dies korrigieren. Für das Jahr 2009 handelt es sich um eine Summe von 22

Mio. Euro und für 2010 hielt Minister Laschet rund 44 Mio. Euro Betriebskostenschüsse des Bundes zurück! Auch die „zweite Säule“ der U3-Betreuung in Wuppertal, die Abdeckung eines großen Teil des Bedarfes über Tagesmütter und -väter, steht auf wackeligem Grund. Zur Erfüllung der Quoten von 20 % der Kinder von 0 bis unter 2 Jahren und 10 % der Kinder von 2 bis unter 3 Jahren sind rund 1470 Tagespflegeplätze erforderlich. Nach den bisherigen Erfahrungen der Verwaltung kann dieses Angebot mit etwa 390 Tagespflegepersonen erreicht werden. Auch wenn bisher noch nicht alle Tagespflegepersonen einen solchen Antrag gestellt haben, müssen letztendlich jährlich ca. 500.000 Euro bereitgestellt werden. Ein Budget in dieser Höhe ist zurzeit allerdings nicht im Wuppertaler Haushalt vorgesehen.

AUS DEM INHALT

Seite 2
Gastkommentar:
Gemeinsam NRW ökologisch sozial gestalten

Seite 2 - Sparpaket des Bundes

Seite 3
Gastbeitrag: Frauennotruf

Seite 4
Ostersbaum lebt auf

Seite 5
Aktion mit dem Age Explorer

GASTKOMMENTAR: GEMEINSAM NRW ÖKOLOGISCH UND SOZIAL GESTALTEN

■ VON SYLVIA LÖHRMANN, GRÜNE MINISTERIN FÜR SCHULE UND WEITERBILDUNG IN NRW

NRW wird grüner. Nach turbulenten Sondierungen mit Linkspartei und FDP haben Grüne und SPD in einem tragfähigen Koalitionsvertrag für unser Land vereinbart, mit einer relativen Mehrheit das Land ökonomisch, ökologisch und sozial zu gestalten. Wir wollen neue Wege gehen, mehr Chancen eröffnen und alle Potenziale nutzen. Dabei haben wir uns vor allem drei Bereiche vorgenommen:

Wir müssen unsere Kommunen wieder handlungsfähig machen. Die vielen Schließungen und Verschlechterungen von kommunalen Angeboten müssen ein Ende haben, denn Demokratie wird vor Ort gelebt. Dafür braucht es Kommunalfinanzien auf verlässlichen Füßen. Unser Ziel: Alle Kommunen sollen zukünftig an Förderprogrammen teilnehmen können. Für die besonders belasteten Kommunen wird es anhand nachvollziehbarer Kriterien spezielle Konsolidierungshilfen geben, so dass sie wieder zu einer geordneten Haus-



Foto: Privat

haltung zurückfinden. Wir werden alle die Kommunen betreffenden Entscheidungen nach dem Prinzip „wer bestellt, bezahlt auch“ treffen. Aufgabenübertragungen vom Land auf die

Kommunen ohne ausreichende finanzielle Ausstattung darf es künftig nicht mehr geben. Nur so kommen wir insgesamt zu einer gerechteren Gestaltung der Gemeindefinanzierung.

Alle Kinder, alle Jugendlichen brauchen die gleichen Chancen, ihre Talente und Potenziale zu entfalten – unabhängig von ihrer Herkunft und dem Geldbeutel ihrer Eltern. Wir wollen erreichen, dass der Teufelskreis aus vererbter materieller Armut und damit oft einhergehender Bildungsarmut wirkungsvoll durchbrochen wird. Dabei beginnen wir bei der frühkindlichen Bildung in den Kitas, wollen Schulen, die motivieren und interessieren, und sorgen für eine Ausbildung und ein Studium, das sich jede und jeder leisten kann. Damit die Schule vom Lern- zum Lebensort wird, werden wir den Ganztags fördern und durch rückläufige Schülerzahlen frei werdende Finanzmittel für die Qualitätsentwicklung im Unterricht, pädagogische Innovati-

onen und zur Verbesserung der Unterrichtssituation einsetzen. Wir wollen längeres gemeinsames Lernen ermöglichen, auch von Kindern mit und ohne Behinderung. Die Kommunen bekommen mehr Freiheit bei der Gestaltung ihrer Schullandschaft, unter anderem mit der Möglichkeit, Gemeinschaftsschulen einzurichten.

Wir wollen NRW zum Vorreiter der ökologisch-industriellen Revolution machen. Von besonderer Bedeutung für den ökologischen und industriellen Wandel ist für uns eine Neuausrichtung in der Umwelt-, Wirtschafts- und Industriepolitik, die auf Nachhaltigkeit, auf Klimaschutz sowie auf Ressourcen- und Energieeffizienz in allen Wirtschaftszweigen abzielt. Wir wissen, dass Ökologie und Ökonomie, Umwelt und Arbeit keine Gegensätze sind. Umwelttechnologien, Ressourceneffizienz, moderne Verkehrstechnologien und erneuerbare Energien werden das Bild unseres Landes genauso

nachhaltig prägen wie Kohle und Stahl. Wir werden mit unterschiedlichen Initiativen den Mittelstand stärken – durch eine passgenauere Ausgestaltung der Finanzierungsangebote der NRW-Bank, die Fortführung der „Meistergründungsprämie“, die Entwicklung eines EU-konformen Tariftrueugesetzes und eine stärker auf ökologische und soziale Kriterien ausgerichtete Vergabepraxis des Landes.

Bei diesen Herausforderungen kommt es darauf an, möglichst viele Menschen mitzunehmen. Deshalb sind wir als Koalition mit einer nur relativen Mehrheit ständig auf der Suche nach Partnerinnen und Partnern – sowohl im Parlament als auch außerhalb. Nur gemeinsam werden wir es schaffen, Nordrhein-Westfalen sozial und ökologisch zu verändern.

Last but not least: Nordrhein-Westfalen wird weiblicher. Es ist doch toll, dass nun zwei Frauen an der Spitze eines quotierten Kabinetts stehen.

VON PLANLOS ZU SCHAMLOS

■ DAS SPARPAKET DER BUNDESREGIERUNG AUS SOZIAL- UND KOMMUNALPOLITISCHER SICHT

Ein Jahr nach der Bundestagswahl legt die schwarz-gelb geführte Bundesregierung ein Sparpaket vor, das zu Lasten der Ärmsten in Deutschland geht und für die Kommunen hohe Mehrkosten verursacht, obwohl seit langem bekannt ist, dass sie ein Rekord-Defizit von 15 Milliarden Euro haben. Aber das Sparpaket ist eingebracht und wird aktuell in den verschiedenen Bundeshilfen diskutiert. Eines steht schon jetzt fest: es ist sozial völlig unausgewogen. Von den 11,2 Mrd. Euro, die die Bundesregierung auf der Ausgabe Seite einsparen will, soll der Sozialbereich mit 5,5 Mrd. Euro den größten Betrag leisten. Die Ärmsten werden am stärksten zur Kasse gebeten.

Direkte Leistungskürzungen erfahren Arbeitslosengeld (ALG) II-EmpfängerInnen durch die komplette Streichung des befristeten Zuschlags, den sie bisher für zwei Jahre zur Abfederung des Überganges vom ALG I ins ALG II beziehen. Ein harter Schlag für arme Familien ist die ersatzlose Strei-

chung des Elterngeldes von 300 Euro. Soziale Einschnitte wie dieser haben auch immer eine verstärkte Inanspruchnahme kommunaler Leistungen zur Folge, weil die Stadt dann z.B. die Kosten von Kita-Gebühren übernimmt.

Arbeitslosen wird das Übergangsgeld gestrichen, Langzeitarbeitslosen die Rentenzuschüsse. Diese Streichung soll den Bundeshaushalt um 1,8 Mrd. Euro jährlich entlasten. Der Beitrag war schon von der großen Koalition halbiert worden. Mit der Folge, dass heute bereits nur ein Rentenanspruch von derzeit 2,09 Euro pro ALG II-Jahr erworben werden kann. Doch auch dieser viel zu knapp bemessene Beitrag soll jetzt auf Null reduziert werden. Nicht ohne Folge für die Kommunen: Jedes Jahr im ALG II ohne Rentenanwartschaften erhöht das Risiko, später die Grundsicherung im Alter beantragen zu müssen. Diese Leistungen tragen die Kommunen. Beim Wohngeld und dem ALG II eröffnet die Bundesregierung neue Verschiebepathways zu

Lasten der von den Kommunen finanzierten Wohnkosten. Allein für die Wohnkosten der ALG II-Beziehenden müssten 1,9 Milliarden Euro mehr in den Bundeshaushalt 2011 eingestellt werden. Auch die Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldbeziehende von voraussichtlich 130 Mio. Euro löst eine neue Umschichtung ins ALG II aus, die ausschließlich auf der Kostenseite der Kommunen zu buchen ist. Rund 900.000 Haushalte beziehen derzeit im Schnitt 140 Euro im Monat. Die Kürzungen werden nicht wenige Geringverdienenden veranlassen, statt Wohngeld ergänzend ALG II zu beantragen. Die Zahl der sog. AufstockerInnen im ALG II wird weiter steigen. Trotz stetig steigender Kosten hat der Bund seine Beteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung von ursprünglich 29,1 % auf 23,6 % reduziert, so dass die Kommunen heute mit einer zusätzlichen Belastung von 2 Mrd. Euro konfrontiert sind.

Außerdem plant die Bundesregierung, bei der Arbeitsförderung in den Jah-

ren 2011 bis 2014 beim Bund und bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) 16 Mrd. Euro einzusparen. Allein für das kommende Jahr sind Kürzungen bei der BA in Höhe von 1,5 Mrd. Euro und bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende in Höhe von 500 Mio. Euro geplant. Um die Einsparziele zu erreichen, hat schwarz-gelb angekündigt, die Pflichtleistungen der Arbeitsförderung in Ermessensleistungen umwandeln zu wollen. Eine Streichung der Eingliederungsmittel in dieser Größenordnung kommt einem Verzicht auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik gleich. Die Folge: Mehr Langzeitarbeitslose, die dann länger im ALG II verharren. Für die Betroffenen ist das sehr bitter. Aber auch die Kommunen müssen finanziell mehr für psychosoziale Hilfsleistungen und die Kosten für Unterkunft und Heizung für ALG II-Beziehende stemmen. Nachdem die JobCenterreform zumindest auf der Gesetzesebene nach Langem Hin und Her endlich vom Tisch ist, werden die sozialpolitischen Verantwortlichen vor

Ort erneut einer großen Unsicherheit ausgesetzt, wie es nun mit der aktiven Arbeitsmarktpolitik weitergeht.

Fazit: Konsolidierungspolitik aus GRÜNER Sicht kann nur gelingen, wenn starke Schultern mehr beitragen. Das Sparpaket von schwarz-gelb lässt Städte und Gemeinden auf steigenden Sozialausgaben sitzen, der Bundeshaushalt wird zu Lasten der Kommunen saniert. Neue Verschiebepathways zu Lasten der Städte und Gemeinden werden aufgemacht, denn wo der Bund sich aus der sozialen Sicherung verabschiedet, werden vermehrt kommunale Leistungen in Anspruch genommen. Die Streichungen der sozialen Leistungen sind nicht nur für die Hilfebedürftigen ein harter Schlag. GRÜNE machen sich stattdessen u.a. für eine Anhebung des Regelsatzes für das Arbeitslosengeld II auf 420 Euro stark. Weder auf der Einnahme- noch auf der Ausgabe Seite der Kommunen sind Verbesserungen von der Bundesebene absehbar. Düstere Aussichten auch für Wuppertal.

GASTKOMMENTAR: ZUSAMMEN FÜR NRW UND WUPPERTAL

■ VOM KREISVORSTAND VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN WUPPERTAL

Ein Koalitionsvertrag – auch für unsere Stadt

Nun liegt er vor, der verabschiedete Koalitionsvertrag der neuen rot-GRÜNEN Landesregierung. Die neue Landesregierung hat nach der großen Sommerpause ihre Arbeit aufgenommen und es zeichnet sich schon eine deutliche Verbesserung für die Menschen in Wuppertal ab.

GRÜN-roter Koalitionsvertrag – Auswirkung auf Wuppertal

Erst einmal bedeutet er ein allgemeines Aufatmen bei vielen kommunalen Trägern. Zum Beispiel die Volkshochschule: Als wichtiger kommunaler Bildungsträger wird die VHS und ihr

Betrieb als Pflichtaufgabe der Kommunen beibehalten. Aber auch ein Aufatmen für unser Frauenhaus, da die vierte Personalstelle wieder eingerichtet wird und die Zusage, die Finanzierung der Frauenhäuser auf eine gesicherte rechtliche Grundlage zu stellen, den Erhalt dieser wichtigen Einrichtungen sichert. Die Unterstützung eines VRR-weiten Sozialtickets und die Rücknahme der Kürzungen bei der SchülerInnenbeförderung werden weitere unmittelbare Vorteile für große Teile der Wuppertaler Einwohnerschaft mit sich bringen. Eine der wichtigsten Verbesserungen liegt in der Konsolidierung der kommunalen Finanzen. Es werden Hilfen zur nachhaltigen Ver-

besserung des städtischen Haushaltes auf den Weg gebracht und zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Wir GRÜNE erhoffen uns vor allem eine neue politische Kultur. Mit dem Integrationsgesetz packen wir in NRW eine wichtige Diskussion an, die für das Zusammenleben in NRW und Wuppertal wichtige Weichen stellen wird bei der Frage: Wie wollen wir in Zukunft miteinander leben?



SMART GRID, DAS INTELLIGENTE STROMNETZ

Smart Grid ist, wenn die Waschmaschine sich nachts von alleine einschaltet. „Wie - auch wenn keine Wäsche drin ist?“ Dieser Zwischenruf aus einer Wuppertaler Ratssitzung belegt, dass Smart Grid für viele noch ein unbekanntes Ding ist. Der Begriff „intelligentes Stromnetz“ (englisch „Smart Grid“) umfasst die Vernetzung und Steuerung von Stromerzeugern, Speichern, elektrischen Verbrauchern und Netzbetriebsmitteln in Energienetzen.

Während bislang Strom in Atomkraftwerken, Kohlekraftwerken und aus Pumpspeichieranlagen erzeugt wird, werden in Zukunft kleinere dezentrale

Anlagen dominieren. Beispiele dafür sind Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, Photovoltaikanlagen, Windkraftanlagen und Biogasanlagen.

Generell werden elektrische Energienetze auf die mögliche Höchstbelastung ausgelegt. Lastspitzen treten z.B. auf, wenn im Winter alle Menschen zu Hause das Licht anschalten, mit dem Kochen beginnen und auch noch die Waschmaschine einschalten. Netzbetreiber sind bestrebt, Lastspitzen zu vermeiden und möglichst eine konstante Last, die Grundlast, zu haben.

FORTSETZUNG AUF SEITE 4

GASTBEITRAG: FRAUENNOTRUF E.V. - ERSTE HILFE MIT HERZ UND VERSTAND

■ VON STEFANIE KAPS UND CHRISTIANE RADECKI FÜR DAS TEAM DES FRAUENNOTRUF E.V.

Frau S. hat sich überwunden und ruft das FrauenNotruf-Telefon 300 000 an. Sie wurde am Tag zuvor von ihrem Freund in ihrer eigenen Wohnung vergewaltigt und steht seitdem unter Schock. „Ich schäme mich so...“ sagt sie leise, „ich kann mit niemandem darüber sprechen.“ Der FrauenNotruf e.V. bietet kostenfrei und anonym Beratung für Mädchen und Frauen, die Opfer sexualisierter Gewalt geworden sind.

„Ich habe schreckliche Angst und fühle mich nicht mehr sicher in meiner Wohnung,“ sagt Frau S.. Sie wirkt ohnmächtig und erstarrt. „Ich habe das Gefühl, als wäre das gar nicht ich, als sei das nicht mein Körper. Am liebsten möchte ich alles vergessen und einfach so leben wie vorher.“ Sie sagt, sie habe alle Kleidung, die sie anhatte, in ihren Mülleimer gestopft, auch die Bettlaken. Den ganzen Tag über hält die Beraterin den Kontakt und sorgt für erste Sicherheiten. Frau S. ist körperlich ver-



letzt, sie pendelt in ihrer Entscheidung, die Schmerzen zu ignorieren oder sich ärztlich versorgen zu lassen. Sie glaubt, sie sei selber schuld. Die Beraterin stellt klar: „Egal wie sie sich verhalten oder kleiden, in keinem Fall trifft sie die Schuld an der Vergewaltigung. Nie-

mand hat das Recht, ihre körperlichen, seelischen oder sexuellen Grenzen zu verletzen.“

Frau S. kann sich eine Anzeigenerstattung in dieser Ausnahmesituation nicht vorstellen und braucht mehr Zeit, um sich zu entscheiden. Die Beraterin

unterstützt Frau S. dabei, für sich in Ruhe das pro und contra einer Strafanzeige abzuwägen. Sie erfährt, was sie tun kann, um die Beweise anonym zu sichern.

Das Verfahren der Anonymen Spurensicherung bei Sexualstraftaten (ASS) unterstützt im ganzen bergischen Städtedreieck von sexualisierter Gewalt betroffene Frauen, Männer und Kinder. In einem Zeitraum von bis zu 10 Jahren ist es möglich, die Tatspuren nach erfolgter Anzeige in einem Gerichtsverfahren verwerten zu lassen.

Wie Frau S. geht es vielen Frauen. Der FrauenNotruf e.V. berät in Fällen von sexueller Belästigung, Stalking, Vergewaltigung (u.a. K.O.-Tropfen), und arbeitet dabei u.a. eng zusammen mit Polizei, Anwältinnen, Gynäkologinnen und Psychotherapeutinnen. Dabei überbrücken die Beraterinnen die Wartezeit auf einen Therapieplatz und begleiten bei Bedarf im Strafverfahren. Ohne den Einsatz der Haupt-

amtlichen geht diese intensive Arbeit nicht. Das tragfähige Team aus Haupt- und Ehrenamtlichen ist in vielen Jahren beständig gewachsen – aber schnell gestrichen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben im Frühjahr 2010 dabei geholfen, den FrauenNotruf e.V. zu retten. Wir freuen uns deshalb besonders, die für uns wichtigen Themen im rot-grünen Koalitionsvertrag zu finden. Für diese umfangreiche Arbeit braucht der FrauenNotruf e.V. eine stabile Basis-Finanzierung. Denn gemeinnütziges Engagement ist nicht zum Lücken stopfen geeignet. Genau wie die Frauen, für die wir uns stark machen, brauchen wir einen beständigen Einsatz von Euch. Der Koalitionsvertrag ist ein gutes Signal.

FrauenNotruf e.V. Tel. 0202-300 000
www.notruf.wtal.de
Spendenkonto 451 732
SSK Wuppertal BLZ 330 500 00

FRAUENHÄUSER FINANZIELL ABSICHERN

■ EINSTIMMIGER BESCHLUSS IM GLEICHSTELLUNGS-AUSSCHUSS



Der Gleichstellungsausschuss hat in seiner Sitzung am 30. Juni 2010 einstimmig den Antrag der Fraktion der GRÜNEN beschlossen, die Landesregierung aufzufordern, dass die Einrichtung und der Unterhalt von Frauenhäusern als staatliche Pflichtaufgabe verankert werden soll.

Da es keine bundeseinheitliche Regelung zur Finanzierung der Frauenhäuser gibt, wird die Verantwortung zwischen Bund, Ländern und der Kommune hin- und hergeschoben. Gerade durch die finanzielle Situation der Stadt Wuppertal ist die Lage für das Frauenhaus und andere Institutionen sehr ange-

spannt und teilweise auch ungewiss. Zur Sicherung der Fraueninfrastruktur ist es unabdingbar, dass die Finanzierung solcher Einrichtungen gesetzlich verankert wird. Bislang finanziert sich das Frauenhaus zu einem geringen Teil durch Eigenmittel, die sie durch Spenden einwerben sowie durch Zuschussbeträge der Länder und Kommunen. Für die rund 200 Frauen und Kinder, die jährlich in Wuppertal die Hilfe des Frauenhauses in Anspruch nehmen, muss endlich eine sichere und dauerhafte Regelung gefunden werden. Da jede vierte Frau mindestens einmal in ihrem Leben ein Opfer von häuslicher

Gewalt wird, sind die Aktualität des Themas und die Notwendigkeit solcher Einrichtungen ungebrochen. Das Wuppertaler Frauenhaus kämpft schon seit Jahren für eine dauerhafte und sichere Finanzierung, aber bereits im Jahr 2006 wurde der Personalkostenzuschuss des Landes für eine vierte Personalstelle gestrichen, was die Arbeit des Frauenhauses erheblich erschwerte. Anfang 2010 gab es eine Anhörung im Frauenausschuss des Landes NRW, die klar machte, dass es eine gesetzliche Regelung geben muss, um die Schutzrichtungen und Beratungsstrukturen für von Gewalt betroffene Frauen landesweit zu sichern. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Kommunen das Land auffordern, die Einrichtungen und den Unterhalt der Frauenhäuser als staatliche Pflichtaufgabe zu verankern. Mittlerweile sieht es für die Zurückgewinnung der vierten Landesstelle sehr gut aus. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN setzt sich aber natürlich weiterhin im Gleichstellungsausschuss der Stadt Wuppertal für die Frauenhäuser und andere Institutionen die Frauen beraten und unterstützen ein und wird für die Weiterfinanzierung, trotz des Haushaltssicherungskonzepts, kämpfen.

MEHR KRANKE, WENIGER HILFEN

■ SORGE UM DIE ANGEBOTE DER PSYCHIATRIE IN WUPPERTAL

Sehr viele Menschen erleiden im Laufe ihres Lebens eine psychische Erkrankung. Mal tritt sie akut auf, mal verläuft sie chronisch und erfordert jahrelange Behandlung und Versorgung. Auch in Wuppertal ist dies so. Nun können wir hier in vielerlei Hinsicht erfreut darüber sein, dass trotz immer knapper werdender Mittel gerade auch im Bereich der psychosozialen Versorgung unser Wuppertaler Hilfesystem sehr differenziert und ausgebaut ist.

Leider besteht die Sorge, dass sich dies ändern wird.

Kürzungen der Honorare durch vertragliche und gesetzliche Regelungen auf Bundesebene werden dazu führen, dass niedergelassene PsychiaterInnen künftig kaum noch ausreichend Zeit für ihre PatientInnen haben.

Die immer knapper werdenden öffentlichen Mittel von Bund, Land und Kommune für eine Vielzahl an ambulanten, teilstationären und stationären Hilfen in der psychosozialen Versorgung werden mittelfristig dazu führen, dass verschiedene Hilfeleistungen sogar vor dem Aus stehen.

Die katastrophale Personalsituation im Gesundheitsamt unserer Stadt (und

hier insbesondere auch beim Sozialpsychiatrischen Dienst) führt bereits jetzt dazu, dass von dieser Seite keine Ausweitung der Hilfen möglich ist. Im Gegenteil, bereits jetzt kann unser Gesundheitsamt viele seiner – auch gesetzlich vorgegebenen – Aufgaben nur mit Einschränkungen wahrnehmen. Es steigt der Bedarf nach medizinischer und psychosozialer Hilfe bei gleichzeitig tendenziell sinkenden Hilfemöglichkeiten. Da es sich bei den kranken und hilfebedürftigen Personenkreisen zu einem sehr erheblichen Teil um Menschen handelt, die weit davon entfernt sind, sich selbst helfen zu können, drohen hier empfindliche Versorgungslücken.

Wir GRÜNE werden auf allen politischen Ebenen daran arbeiten, die immer konkreter werdenden Befürchtungen nicht in dem Maße Wirklichkeit werden zu lassen, wie sich dies derzeit abzeichnet.

grün^W
Keiner wie wir.

WIE GEHT ES MIT DEN STÄDTISCHEN FINANZEN WEITER?

■ HILFE AUS DÜSSELDORF IN SICHT

Der städtische Doppelhaushalt wurde am 12.07.2010 im Rat der Stadt mit einem Einsparvolumen von 60 Mio. Euro von CDU und SPD beschlossen. Viele WuppertalerInnen fragen sich, wie es mit den städtischen Finanzen weitergehen soll. Priorität der GRÜNEN ist es, die soziale Stadt Wuppertal zu erhalten. Den Städten werden durch Bund und Land immer weitere Aufgaben übertragen, diese hohen finanziellen Belastungen werden jedoch gar nicht oder nur unzureichend ausgeglichen. 426 Kommunen leben auf Pump, 59 Städte und Gemeinden sind pleite. Die Rot-GRÜNE Landesregierung plant

jetzt eine Soforthilfe von 300 Mio. Euro, was für das leidgeprüfte Wuppertal etwa 6 Mio. Euro ausmachen wird. Der Wuppertaler Haushalt hat ein Defizit von über 200 Mio. Euro, das kann also nur ein Anfang sein.

So sieht das auch die Landesregierung und plant ein „Stärkungspaket Stadtfinanzen“ aufzulegen, um die Altschulden abzubauen. Genau so entscheidend wird es sein, wie die Bundesregierung mit Angela Merkel an der Spitze die dramatische Wahlniederlage in NRW für die CDU/FDP analysiert hat und welche Schlüsse sie daraus zieht. Fakt ist und bleibt: die CDU hat

in den meisten NRW-Großstädten zweistellig verloren und dieser Trend wird sich - wenn die Kanzlerin nicht einen radikalen Kurswechsel herbeiführt - bei den nächsten Bundestagswahlen fortsetzen. Die BürgerInnen leben in den Städten und Gemeinden. Hier muss das soziale und kulturelle Leben weitergehen, nicht allein in den Landeshauptstädten der Republik. Die Bundesregierung ist aufgefordert, bei den wichtigsten Ausgabeblöcken wie den Leistungen für die Kosten der Unterkunft und den Heizkosten ihren Anteil von nur 23% deutlich aufzustocken, denn der „restliche“ städtische

Anteil liegt im Jahr 2010 bei mehr als 90 Mio. Euro. Ansonsten wird es Städten wie Wuppertal nicht gelingen, aus der Finanzmisere herauszukommen. Die GRÜNE Ratsfraktion hat jetzt einen Vorschlag gemacht, wie sie wichtige Infrastruktureinrichtungen retten kann, bis die wichtigen Landes- und Bundeshilfen auch greifen. Dazu gehören die von der Schließung bedrohten Schwimmbäder, das Schauspielhaus und weitere strukturell wichtige Einrichtungen für die BürgerInnen. Mit Hilfe von bürgerschaftlichem Engagement könnte die Sanierung solcher Einrichtungen finanziert werden. Bürge-

Innen können über Genossenschaften, Bürgerkredite oder als Teilhaber einer GmbH Finanzmittel zur Verfügung stellen und so für Bau- und Sanierungsmaßnahmen Geld bereitstellen. Die GRÜNEN haben einen Prüfauftrag an die Verwaltung gerichtet, um zu erfahren, was von Seiten der Stadt oder z.B. der Sparkasse getan werden kann, um Menschen zu motivieren, ihr Geld hier zum Wohle der Stadt zu investieren. Leider darf die Stadt als Nothaushaltskommune keine Bürgerkredite anbieten, aber vielleicht gibt es alternative Lösungen. Wir werden weiter nachfragen.

ATOMKRAFT NEIN DANKE – AUCH IN WUPPERTAL

■ AUCH DIE WUPPERTALER STADTWERKE WSW KÖNNEN ETWAS TUN



Alle denken: Die AKW-Laufzeiten sind Sache der Bundesregierung und des Bundesrats. Dass auch die Stadt Wuppertal und die Wuppertaler Stadtwerke Einfluss darauf haben könnten, werden viele nicht vermuten. Im März 2010 hat ein Initiativkreis von 150 Stadtwerken, gestützt auf Gutachten, eine Initiative gegen die Verlängerung der Laufzeiten gestartet. Damit wollen sie die Vormachtstellung der vier großen Atomkraftwerksbetreiber verringern. Die geplante Verlängerung der Laufzeiten von AKWs hätte nach ihrer Ansicht katastrophale Auswirkungen auf den Wettbewerb im deutschen Stromerzeugungsmarkt. Bestätigt wird dies durch ein Gutachten der Beratungsunternehmens enervis und

Becker Büttner Held.

Eine Laufzeitverlängerung von AKWs würde „die oligopolistische Marktstruktur zementieren.“ Und: „Die Auswirkungen einer Laufzeitverlängerung stehen damit in evidentem Widerspruch zu den Zielen der deutschen Energiepolitik - Wettbewerb, Preisgünstigkeit und Umweltverträglichkeit - und widersprechen auch den Vorgaben des europäischen Wettbewerbsrechts.“

Die Weichenstellung für den notwendigen Ausbau der regenerativen Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung würde darüber hinaus massiv blockiert. Die bündnisGRÜNE Ratsfraktion spricht sich dafür aus, dass die WSW dem Initiativkreis „Pro Wettbe-

werb im Strommarkt“ beitreten und sich damit gegen eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke aussprechen.

Wir waren schon verwundert, dass sich die WSW bisher noch nicht am Initiativkreis beteiligen. Daher haben wir in einem Ratsantrag gefordert, dass der Rat der Stadt die Aufsichtsratsmitglieder der Stadtwerke (PolitikerInnen, VerwaltungsvertreterInnen, ver.di-VertreterInnen und WSW-BetriebsrätInnen) auffordert, dies zu ändern.

Mit einem abgeschwächten Antrag von CDU und SPD beschloss der Rat dann im Mai: „Die Mitglieder des Aufsichtsrates der WSW werden gebeten, die Unternehmensleitung um eine Prüfung des Beitritts zum Initiativkreis ‘Pro Wettbewerb im Strommarkt’ zu bitten.“

Wenn die WSW wirklich eine fortschrittliche und bürgerfreundliche Energiepolitik wollen, müssen sie sich klar gegen die Laufzeitverlängerung bei AKWs aussprechen. Sonst sind die Blockheizkraftwerke und Energiedienstleistungen nur Kosmetik, um von einer knallharten Atompolitik abzulenken.

Der Antrag wurde vom Stadtrat an den Aufsichtsrat der WSW weitergeleitet. Dieser wird sich im November damit beschäftigen. Wir sind schon sehr gespannt auf das Ergebnis.

SMART GRID, DAS INTELLIGENTE STROMNETZ

FORTSETZUNG VON SEITE 2

Diese Begrenzung der Last kann in intelligenten Netzen durch automatische Steuerungen und zeitversetztes Einschalten von Verbrauchern, wie z.B. der Waschmaschine, erfolgen. Und so funktioniert es: Die Erzeugung von Strom wird von den Kontrollsystemen gesteuert. Netzüberlastungen werden vermieden und stets wird nur so viel Strom produziert, wie auch benötigt wird.



Foto: I. Friedrich/Pixelio.de

Für die VerbraucherInnen ist eine wesentliche Neuerung der Einbau von intelligenten Zählern. Dazu werden alle analogen Zähler nach und nach gegen

neue digitale Zähler ausgetauscht. An die Zähler sind alle Elektrogeräte im Haushalt angeschlossen, wodurch sich einzelne Geräte bei Bedarf aus- beziehungsweise anschalten lassen.

Beispiele des Nutzens für die VerbraucherInnen: zeitflexible Preise, die abhängig von Tageszeit und Netzauslastung entstehen, Call-By-Call wie beim Telefon. Billiger waschen, wenn die Waschmaschine sich nachts einschaltet. Ein Minicomputer in der Waschmaschine überwacht laufend den Strompreis, der vom Zentralcomputer der Stadtwerke über die Stromleitung übermittelt wird und schaltet zum Beispiel erst ein, wenn der Preis unter 10 ct pro Kilowattstunde gefallen ist.

Weil Lastspitzen vermieden werden, kann mindestens ein Großkraftwerk (AKW oder Kohle) eingespart werden. In einer Anfrage haben wir GRÜNE im Aufsichtsrat der Wuppertaler Stadtwerke nach dem Stand der Aktivitäten zu Smart Grid gefragt.

Die WSW tun schon einiges. Auf der internationalen Funkausstellung in Berlin wurden die ersten Waschmaschinen mit Smart Grid-Steuerung gezeigt. Bis allerdings die Waschmaschine sich nachts beim besten Preis einschaltet, müssen die WSW noch einiges investieren. Wir halten Sie auf dem Laufenden.

OSTERSBAUM LEBT AUF

■ BÜRGERSCHAFTLICHE ENGAGEMENT IN WUPPERTAL

Ein Beispiel für die Entwicklung von Bürgerengagement bietet der Wuppertaler Stadtteil Ostersbaum. Ein Teil dieses Stadtviertels wurde als Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf über mehrere Jahre öffentlich gefördert. Viele Entwicklungsprojekte haben in dieser Zeit ihren Anfang genommen und wirken weiter.

Früher bezog sich bürgerschaftliches Engagement häufig auf Aktivitäten in Sportvereinen und sozialen, kulturellen oder kirchlichen Einrichtungen. In Wuppertal gibt es traditionell noch ein ausgeprägtes Mäzenatentum, in Zeiten knapper werdender Kassen kommt eine weitere Spielart bürgerschaftlichen Engagements dazu. In lokal begrenzten Gebieten (z.B. Stadtvierteln) steht die Entwicklung des jeweiligen Viertels im Vordergrund des Engagements. Die BürgerInnen haben festgestellt, dass die kommunalen

Verwaltungen häufig nicht mehr in der Lage sind, die lokalen Bürgerinteressen zu vertreten. Nur noch die Pflichtaufgaben können erfüllt werden. Gleichzeitig sind die BürgerInnen aber auch viel näher an den lokalen Bedürfnissen dran.

Daher haben sie auch ein sehr viel größeres Interesse an der Befriedigung dieser Bedürfnisse. Darin liegt eine Chance und im Bereich Ostersbaum wird diese Chance genutzt.

Kulturelle Projekte wie die Lichterwege (einmal jährlich werden die Treppen des Viertels von den BürgerInnen mit Lichtern illuminiert) erreichen überörtliche Bedeutung.

An sozialen Projekten wie den Picobello-Gruppen (man trifft sich regelmäßig, um straßenweise persönlich die Sauberkeit zu verbessern) beteiligen sich viele BürgerInnen und werden auch durchaus als Vorbild wahrgenommen.

Bei zwei seit Jahrzehnten leerstehen-

den und langsam verfallenden Miethäusern führte die hartnäckige Intervention vieler letztendlich dazu, dass diese Häuser jetzt saniert werden.

All diese von den BürgerInnen getragenen Maßnahmen führten zu der Wahrnehmung, als BürgerInnen gemeinsam etwas bewegen zu können. Mittlerweile gibt es regelmäßige Bürgerversammlungen, einen Wochenmarkt auf dem zentralen Platz des Viertels und einen Bürgerverein, der die Ideen der BürgerInnen bündelt, entwickelt und in Zukunft weiter umsetzen will.

Durch die Zusammenarbeit der engagierten BürgerInnen, den ansässigen Firmen und den örtlichen Eigentümern hat dieses Viertel eine solide Chance sich nachhaltig weiter zu entwickeln.

Wer interessiert ist, kann sich an den Bürgerverein „Zukunft Ostersbaum“, Platz der Republik 26, 42107 Wuppertal oder Tel.: 2451070, wenden.



WUPPERTAL IST FAIR TRADE TOWN

■ DIESES ETTIKETT STEHT WUPPERTAL



Den Titel Fair Trade Town erhielt die Stadt offiziell am 18. September im Rahmen des Fairen Festes auf dem Elberfelder Kirchplatz. Beschlossen hatte der Rat der Stadt die Initiative bereits in seiner Sitzung im Juli. Wuppertal hat eine lange Tradition in Sachen Fairer Handel, deshalb steht der Stadt dieser Titel besonders gut zu Gesicht. Da ist an erster Stelle die GEPA als Europas größtes Fair-Handels-Unternehmen zu nennen. Aber auch in Wuppertal ansässige Institutionen wie das UNEP-Center oder die Vereinigte evangelische Mission (VEM) rücken die Produktionsbedingungen in den Entwicklungsländern durch ihre Arbeit ins Licht. Die Kriterien des fairen Handels sorgen dafür, dass Menschen dort gerechte Preise für ihre Produkte bekommen, die ihnen ein Auskommen und damit Unabhängigkeit garantieren. Gleichzeitig verfolgen sie aber auch das Ziel der Nachhaltigkeit. Deshalb schonen fair gehandelte Produkte immer öfter auch die Umwelt ebenso wie die Gesundheit der ProduzentInnen. Sie werden überwiegend in kleinbäuerlicher Landwirtschaft angebaut, die beispielsweise mit deutlich weniger Pflanzenschutzmitteln auskommt. Die Organisation FairTrade erklärt dazu: „Das Fairtrade-Siegel ist in erster Linie ein Sozialsiegel und kein

Umweltsiegel. Dennoch wird mit den Umweltkriterien in den Fairtrade-Standards das Ziel verfolgt, sämtliche landwirtschaftlichen Fairtrade-Produkte ressourcenschonend und umweltverträglich anzubauen.“ Wer also unter ethischen und ökologischen Gesichtspunkten einkaufen möchte, sollte öfter zu Fair Trade - Produkten greifen.

„Fair schmeckt mir!“, so lautet das Motto der diesjährigen Fairen Woche - „fair steht mir“ ließe sich gut hinzufügen! Denn das Klischee, da gibt es nur Kaffee und Schokolade, ist längst überholt. Wer einmal einen Rundgang durch die neue GEPA-Zentrale gemacht hat, der weiß, wie groß die Produktpalette inzwischen ist. Neben einer Vielzahl von Nahrungsmitteln gibt es Textilien, Lederwaren oder Schmuck. Aber bei vielen Menschen ist dieses Angebot bisher noch nicht bekannt. Eine Veranstaltung wie das Faire Fest trägt dazu bei, die Vielfalt der Produkte auch bei denen bekannt zu machen, die sich bisher noch nicht dafür interessiert haben. Aber es braucht weitere Multiplikatoren: jede/r Einzelne kann im privaten Umfeld, z.B. als Mitglied eines Vereins, für fair gehandelte Produkte werben. Denn der Titel „Fair Trade Town“ sollte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern von den BürgerInnen der Stadt gelebt werden!

MIT DEM AGE EXPLORER AUF ZEITREISE

■ PLÖTZLICH 70 JAHRE ALT

Wuppertal wird sich in den kommenden Jahren stark verändern. Auch bei uns hat schon längst der demografische Wandel begonnen, der sich auf einen kurzen Nenner bringen lässt: Unsere Gesellschaft wird „bunter, weniger und älter“. Neben der Prognose, dass der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund wachsen wird und die Gesamteinwohnerzahl abnimmt, werden wir auch eine zunehmend ältere Gesellschaft sein.

Bis 2020 werden für Wuppertal 20.000 EinwohnerInnen weniger prognostiziert, der Anteil der über Sechzigjährigen wird dabei deutlich steigen. Schon heute zeigt sich, dass viele Bereiche unseres öffentlichen Lebens den Bedürfnissen von SeniorInnen oder Menschen mit eingeschränkter Mobilität nicht gerecht werden. Eine Herausforderung, die immer größere Bedeutung gewinnt. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird sich intensiv mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auseinandersetzen und sich an einer entsprechenden Gestaltung unserer Gesellschaft aktiv beteiligen. Als Auftakt lud die GRÜNE Ratsfraktion MitarbeiterInnen der Wuppertaler Stadtwerke und der Stadtverwaltung zu einer ungewöhnlichen Zeitreise ein. Mit Hilfe eines Alterssimulators, dem

Age Explorer, war es innerhalb von Minuten möglich, in das Leben eines siebzig- oder achtzigjährigen Menschen zu schlüpfen.

Möglich wurde es durch einen Spezialanzug, entwickelt vom Meyer-Hentschel Institut aus Saarbrücken. Das Ziel ist, die Bedingungen für ältere Menschen im öffentlichen Raum erlebbar zu machen und zu erfahren, wie seniorengerecht unsere Umwelt eigentlich ist und welcher Verbesserungsbedarf besteht.

Bereits die erste „Alterstesterin“, Sabine Schnake von den Wuppertaler Stadtwerken merkte, dass es nicht ganz einfach ist, mit eingeschränktem Sichtfeld den Fahrkartenautomaten am Döppersberg zu bedienen oder den Fahrplan zu lesen. Viele Schriftzeichen sind zu klein gedruckt, es hilft auch keine Lesebrille mehr.

Beim Age Explorer führen Ohrschützer zu einer verminderten Hörfähigkeit, Gelenkschoner an Ellenbogen und Knien mindern die Bewegungsfreiheit. 6 Kilo Gewicht im Anzug tragen dazu bei, dass sich Wahrnehmungs- und Bewegungsfähigkeit deutlich verschlechtern. Spezialhandschuhe verursachen eine Reduzierung der Tastfähigkeit, was die Bedienung eines Fahrkarten- oder Geldautomaten erschwert.

Mit der Linie 611 ging es bis zum Verwaltungsgebäude Soziale Dienste am Haspel. Dort schlüpfte eine Mitarbeiterin der Sozialverwaltung in den Age Explorer und konnte so die Rolle ihrer älteren KundInnen einnehmen. Selbst für sie war es nicht einfach, gewöhnliche Anträge auf Sozialleistungen zu entziffern und auszufüllen.



Foto: Privat

Anschließend wurde die Seniorentauglichkeit der Fußgängerampeln überprüft. Jetzt durften die Verkehrsplaner in den Anzug schlüpfen. Das Überqueren der Ampeln am Schauspielhaus ging nicht ganz so leichtfüßig wie als Dreißigjährige gewohnt. Deutlich wurde, dass auch Ampelphasen sich auf die Bedürfnisse der älteren VerkehrsteilnehmerInnen anpassen müssen. Längere Grünphasen sind gefragt! Die Stadtplaner testeten den jetzigen Döppersberg und wiesen darauf hin, dass mit dem Umbau gleichzeitig auch eine Barrierefreiheit einhergehen wird, die bis jetzt keinesfalls gegeben ist. Der trostlose Anblick der stillgelegten Rolltreppen ist nur ein Beweis dafür. Auch die Benutzung von Geldautomaten wird im fortgeschrittenen Alter nicht leichter. Diese Erfahrung machte die GRÜNE Stadtverordnete Gabriele Mahnert, nachdem auch sie in den Anzug gestiegen war. Fazit dieser ungewöhnlichen Zeitreise war für alle die Erkenntnis, dass sich die Bedürfnisse einer sich stark verändernden Gesellschaft schon heute deutlich abzeichnen und sich entsprechend in der Stadtentwicklungspolitik niederschlagen müssen.



Foto: Privat

Im Alter wird es schwierig helle Farben zu unterscheiden. Diese Erfahrung machte auch die GRÜNE Ratsfrau Gerta Siller im Age-Explorer-Anzug vor dem Linienplan des Verkehrsverbundes Rhein Ruhr (VRR). Sie konnte kaum etwas erkennen.

BERGISCHE VHS HÄNGT IN DER LUFT

Wuppertal und Solingen uneins über den Wirtschaftsplan 2010

Einen echten „Durchhänger“ hat zurzeit die Zweckverbandsversammlung der Bergischen Volkshochschule (VHS). Denn obwohl das Jahr 2010 sich schon wieder dem Ende zuneigt, arbeitet die Leitung der VHS ohne einen gültigen Wirtschaftsplan. Grund hierfür ist die relativ komplizierte Konstruktion des Zweckverbandes, der nach der Fusion der Solinger und Wuppertaler Einrichtungen nun die gemeinsame Klammer für das Projekt ist. Zur Verabschiedung des Wirtschaftsplanes wird nämlich eine $\frac{3}{4}$ Mehrheit in der Versammlung benötigt, wobei die Mitglieder an die jeweiligen Beschlüsse ihres Rates gebunden sind. In beiden Städten gab es nach der Bekanntgabe der Haushaltssicherungskonzepte heftige Diskussionen, da auch bei der VHS stark gekürzt werden sollte.

Um die Zuschüsse beider Kommunen bis 2015 um 750.000 Euro zu reduzieren werden an beiden Standorten Angebote gekürzt, Mitarbeiterstellen gestrichen und Gebühren für die Nutzerinnen und Nutzer erhöht. Bezogen auf Wuppertal sollen hier die Familienbildungsstätte und die Bildungscheckberatung aufgegeben werden mit entsprechenden Folgen für die Familien- und Sozialpolitik sowie den Bereich der Fort- und Weiterbildung. Aufgrund der absehbaren Probleme, die sich daraus für Wuppertal ergeben, haben sich die GRÜNEN bereits gegen die im Wirtschaftsplan enthaltenen Kürzungen ausgesprochen und ihm daher die Zustimmung verweigert. Da sich aber die verantwortlichen Wuppertaler Gremien für den Wirtschaftsplan inklusive eines Ergänzungsantrages der großen Koalition ausgesprochen hatten, wäre dieses Votum auch für den GRÜNEN Vertreter in der Versammlung Anfang Juli bindend gewesen. Allerdings fand diese Sitzung gar nicht erst statt, da auch der Solinger Rat seinerseits Veränderungen am Wirtschaftsplan vornehmen wollte, so dass eine $\frac{3}{4}$ Mehrheit in der Versammlung unmöglich wurde.

Und auch wenn nun mittlerweile mehrere Monate verstrichen sind, erscheint eine Einigung noch in weiter Ferne. In der Sitzung des Schulausschusses wirkte der zuständige Dezernent Matthias Nocke einigermaßen hilflos, da auch er auf Nachfrage der GRÜNEN keine Perspektive für die VHS benennen konnte. So zeigt sich an diesem Beispiel die problematische Ausgestaltung der eigentlich wünschenswerten Zusammenarbeit der bergischen Städte.

Während die eigenständige Volkshochschule in Remscheid von überall her Lob erfährt, hängt die Bergische VHS trotz des großen Engagements ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Luft, und das wegen mangelhafter oder nicht stattgefundener Kommunikation im Vorfeld, zum Beispiel bei der Erarbeitung der jeweiligen Haushaltssicherungskonzepte, die offenbar im Bereich der interkommunalen Kooperation ohne Einbeziehung der jeweiligen Partner erfolgt ist. Wer aber eine engere Zusammenarbeit wünscht, der muss auch bereit sein, offen mit dem anderen über Ziele und Absichten zu reden, anstatt im eigenen Kämmerlein zu arbeiten und vollendete Tatsachen zu schaffen. Ein neuer Anlauf für Gespräche zwischen den beiden Städten ist zwar geplant, wann diese aber stattfinden werden, steht noch in den Sternen.



Foto: Privat

Anzeige

Wenn wuppen, dann richtig!

Regenerative Energie statt Kohle und Atomkraft



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
KREISVERBAND WUPPERTAL
WWW.GRUENE-KVWUPPERTAL.DE

KEIN GELD FÜR DIE LETZTEN METER?

Verlängerung der O-Bus-Linie in Vohwinkel weiter in der Schwebe

Wollten Sie schon mal mit dem Bus zum Wuppertaler Hauptbahnhof und der Busfahrer ließ Sie stattdessen in Unterbarmen aussteigen? So ähnlich müssen sich Solinger Fahrgäste fühlen, die mit dem O-Bus zum Bahnhof Vohwinkel wollen.

Der Bus endet am Schwebebahnhaltestelle und von da aus bleibt nur der lange Fußmarsch Richtung S-Bahn. Seit etwa einem Jahr müsste das nicht mehr so sein.

Die neuen Busse könnten auch ohne eine teure Verlängerung der Oberleitung mit Batteriebetrieb zum Bahnhof fahren – wenn der Vorplatz erneuert würde. Das alte Kopfsteinpflaster hält den Belastungen nicht mehr stand, so dass sich Solingen und Wuppertal die Sanierung teilen müssten. In Solingen liegt das Geld bereit, doch der Wuppertaler Teil wurde vom Kämmerer erst einmal eingezogen. Zu allem Überfluss kann nun auch noch die alte Haltestelle

an der Schwebebahn nicht mehr angefahren werden, weil die neuen Busse zu lang sind. Der neue Halt liegt 70 m bergauf – für Seniorinnen und Senioren kein wirkliches Vergnügen und auch für alle anderen Fahrgäste ausgesprochen lästig.

Auf Vorschlag der GRÜNEN in der Bezirksvertretung Vohwinkel wurde jetzt wenigstens eine Kompromisslösung eingerichtet: Ausstieg und Wartebereich für die Fahrerpausen sind am Berg, aber wenigstens der Einstieg kann wieder unten an der Schwebebahn erfolgen.

Es bleibt allerdings nur ein Teilerfolg, denn wir werden uns weiter für das eigentliche Ziel einsetzen, dass die seit vielen Jahren geforderte Verlängerung der O-Bus-Linie endlich realisiert wird – eine Maßnahme, die neue Fahrgäste mit sich bringen und die Umwelt entlasten würde.

Verkehrspolitik muss den Öffentlichen Nahverkehr praktisch und attraktiv gestalten – lange Fußwege zu entlegenen Haltestellen sind nach unserer Ansicht der falsche Weg.

RASANTE ABFAHRT AUF PROBE

■ GRÜNES LICHT FÜR DOWNHILL-STRECKE AM KOTHENER BUSCH

Wie könnte man das Wort Downhill am besten ins Deutsche übersetzen? Bergabfahrt mit einem Mountainbike (letzteres schon wieder nicht deutsch) klingt zwar umständlich, trifft es aber am ehesten. Es geht also darum, dass RadfahrersportlerInnen mit ihrem Mountainbike eine steile Piste runterfahren. Erwartungsgemäß können hierbei gerade dann Probleme auftauchen, wenn „Downhiller“ und andere Personen, die zu Fuß unterwegs sind, aufeinandertreffen. Und genau deshalb entwickelte sich in Barmen eine intensive Debatte zwischen der Bezirksvertretung, die eine bereits vorhandene, aber illegale Strecke im Kothener Busch legalisieren wollte, den Bikern sowie AnwohnerInnen.

Zum Hintergrund: seit Jahren beobachtete die Forstverwaltung der Stadt eine zunehmende Nutzung des Waldes am



Kothen durch junge SportlerInnen, die mit ihrem Rad auf nicht befestigten Pisten die Hänge hinunter rasten. Trotz aller Versuche, die Strecke durch das Liegenlassen von umgestürzten Bäumen oder ähnliche provisorische Schi-

kanen unmöglich zu machen, ließen sich die Biker „ihre“ Downhillstrecke nicht wegnehmen, so dass die Stadt auf Initiative von mehreren Jugendlichen, die darum baten, die Strecke zu legalisieren, erste Überlegungen

anstellte, wie dies umgesetzt werden könnte. Der Vorteil lag auf der Hand: eine bisher illegale Situation, die aber trotz aller Bemühungen der Stadt nicht abzustellen war, könnte legalisiert und durch entsprechende Entschleunigungs- und Sicherheitsmaßnahmen für alle Waldnutzer verbessert werden.

Da seitens der Anwohnerinnen und Anwohner und des Kothener Bürgervereins jedoch Zweifel laut wurden, ob die An- und Abreise der SportlerInnen reibungslos und ohne Beeinträchtigung für die dort lebenden Menschen erfolgen könne wurde die Entscheidung in der Sitzung der BV im Juli zunächst vertagt, um das Ergebnis einer vom Bürgerverein organisierten Bürgerversammlung abzuwarten. Die dort vorgebrachten Einwände und Bedenken wurden dann in der Sitzung im September den Bezirksvertre-

terInnen vorgebracht und abgewogen, so dass am Ende ein Beschluss gefasst wurde, der die Genehmigung der Strecke versuchsweise für ein Jahr vorsah, aber andererseits die Verwaltung auffordert, die Bedenken ernst zu nehmen und Maßnahmen zur Vermeidung von Problemen zu prüfen sowie eine zentrale Anlaufstelle für Beschwerden zu schaffen.

In einem Jahr wird sich dann die Politik im Stadtteil noch einmal intensiv mit den bis dahin gemachten Erfahrungen beschäftigen und über eine Weiterführung der Strecke entscheiden. Bis dahin wird sich hoffentlich ein einvernehmliches Miteinander etabliert haben, das Rücksicht auf die AnwohnerInnen nimmt, die Sicherheit für die WaldnutzerInnen schafft und den SportlerInnen die Möglichkeit gibt, ihrer Freizeitbeschäftigung höchst legal nachzugehen.

RATSCHRONIK JULI

Doppelhaushalt 2010 und Haushaltssicherungskonzept (HSK) Teil II

Wuppertal ist eine Nothaushaltskommune. Das strukturelle Minus liegt bei über 200 Mio. Euro, das Gesamtdefizit erreicht schon bald 2 Milliarden Euro. Das sind fatale Daten. Ein wesentlicher Grund für die Krise: Bund und (bis zur Landtagswahl auch) das Land beschließen Gesetze, die in hohem Maße von den Kommunen finanziert werden müssen. Allein durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf Bundesebene verliert Wuppertal Einnahmen von ca. 7 Mio. Euro. Klar ist: Sämtliche Kommunen in NRW stecken in einer katastrophalen Strukturkrise, die nicht vor Ort in den Griff zu bekommen ist. Auch nicht durch das von der Wuppertaler SPD und CDU beschlossene Sparpaket in Höhe von 60 Mio. Euro. Die grundlegende Situation ändert sich dadurch nicht, die Stadt lebt weiter von der Substanz. Kernforderung der GRÜNEN Fraktion war und

ist, dass das Land in Vorleistung gehen muss, bevor weitere schmerzhaftes Kürzungen in Wuppertal vorgenommen werden dürfen. Jeder Euro, den wir zur Haushaltskonsolidierung einsparen, verringert die Attraktivität der Stadt. Die GRÜNEN haben deshalb in der Ratssitzung am 12.07.2010 gegen das HSK, den Doppelhaushalt und alle damit verbundenen Anträge gestimmt. Ein Lichtstreif am Ende des Tunnels ist die rot-GRÜNE Landesregierung, die unter anderem mit einem 7 Milliarden Euro schweren Fonds zur Entlastung von überschuldeten Städten wie Wuppertal beitragen will.

Kulturförderabgabe für Wuppertal

Die GRÜNE Ratsfraktion beantragte die Einführung einer Kulturförderabgabe in Wuppertal. Pro Übernachtung in Wuppertaler Hotels soll eine Abgabe von 5 Prozent des Übernachtungspreises erhoben werden. Angesichts der dramatischen Entwicklung

der städtischen Finanzen ist es legitim, neue Mittel auch über kommunale Aufwandssteuern hinaus zu erschließen, sofern dadurch das soziale Gefüge und die Basis privatwirtschaftlichen Handelns in einer Stadt nicht beeinträchtigt werden. CDU und SPD lehnten den Antrag und damit eine weitere Einnahmequelle ab.

Alternative Finanzierungsquellen mit bürgerschaftlichem Engagement prüfen

Die GRÜNEN stellten im Rat den Antrag, neue Formen der finanziellen Beteiligung für EinwohnerInnen zu prüfen. Klaus Lüdemann, GRÜNER Stadtverordneter und Mitbegründer der Ölberggenossenschaft, erläuterte den Antrag: „Viele WuppertalerInnen möchten sich für kommunale Einrichtungen, zu denen sie einen direkten Bezug haben, engagieren. Hier gilt es, neue Modelle der Beteiligung auch in finanzieller Hinsicht zu entwickeln. Möglich sind Genossenschaften, die

mit Eigenkapital der Genossen und Krediten Gebäude bauen oder sanieren und Einrichtungen betreiben, die bisher in städtischer Trägerschaft geführt wurden.“ Denkbare Objekte sind das Schauspielhaus und städtische Bäder. Der Rat verwies ihn zur Vorberatung in den Ausschuss für Finanzen und Besteuerung, wo er am 14.09.2010 mehrheitlich abgelehnt wurde.

Appell zum Erhalt der Müngstener Brücke

In Solingen, Remscheid und Wuppertal beschlossen die Räte einmütig, dass der Erhalt der Müngstener Brücke sicher gestellt werden muss. Die Müngstener Brücke ist eine der Attraktionen des Bergischen Landes, sie ist das Zentrum des Brückenparks, zum alljährlichen Brückenfest kommen mehr als 200.000 BesucherInnen in die Region. Das Land NRW, die Bundesregierung und vor allem die Deutschen Bahn AG wird aufgefordert, alles

Notwendige zu tun, um den dauerhaften Erhalt dieses Wahrzeichens des Bergischen Landes und der höchsten Eisenbahnbrücke Deutschlands zu sichern. Der Antrag wurde in Wuppertal von den GRÜNEN gestellt und vom Rat einstimmig beschlossen.

Resolution Offener Ganztags

Der Wichtigkeit des Offenen Ganztags entsprechend wurde im Rat einstimmig ein Appell an die Landesregierung beschlossen, auch den Kommunen unter Nothaushaltsrecht den Ausbau des Offenen Ganztagsangebotes entsprechend dem tatsächlichen Bedarf (im nächsten Schuljahr fehlen in Wuppertal 700 Plätze) zu ermöglichen und die Finanzierung zu sichern.

Alle GRÜNEN Initiativen wie Anträge, Reden in der Ratssitzung und ältere Ausgaben unserer Fraktionszeitung können Sie auf unserer Homepage unter www.gruene-wuppertal.de lesen.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 0202. 563. 6204 Fax: 0202. 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.), Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher, Michael Hohagen, Anja Liebert, Klaus Lüdemann, Paul Yves Ramette, Ilona Schäfer, Marc Schulz, Tina Schulz, Gerta Siller, Marcel Simon, Klaus von Zahn

Gastbeiträge und Kommentare:
Sylvia Löhrmann, GRÜNE Ministerin für Schule und Weiterbildung in NRW

Kreisvorstand Bündnis 90/DIE GRÜNEN Wuppertal

Stefanie Kaps und Christiane Radecki für das Team des FrauenNotruf e.V.

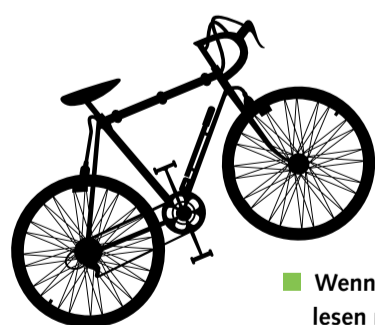
Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Jörg Lange

Satz, Gestaltung: werkmarie, Herderstraße 1, 42327 Wuppertal

Druck: taldruck, Herderstraße 1, 42327 Wuppertal

Auflage: 17.000

Diese Ausgabe liegt u. a. aus im ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Friedrich-Ebert-Str. 109-111; AStA, Berg. Universität; Behindert - na und? e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111; Café Moritz, Höhne 22; Cinema, Berliner Straße; Die Färberei, Stennert 8; Forum Maximum im Rex, Kipdorf 29; Katzengold, Untergrünwaldstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Spunk, Flensburger Straße 38; Die Abgabe ist kostenlos!



Fahrrad selber kaufen

ABO
geschenkt

■ Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die GRÜNE Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken oder eine mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.

Name _____ Anschrift _____

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, dass bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.

ENERGIESPARTIPP DES MONATS: BACKOFEN

■ DAS GROSSE POTENZIAL ZUM ENERGIESPAREN



Foto: Privat

Backen Sie noch immer ihre Brötchen im Backofen auf? Bis zu 70 % Energie können Sie sparen, wenn Sie Brötchen auf einem Toaster mit Brötchenaufsatz aufbacken. Das Vorheizen des Backofens ist oft überflüssig, nur bei empfindliche Speisen wie Filets oder

Spezialteig muss vorgeheizt werden, ansonsten können Sie ruhig darauf verzichten.

So sparen Sie Energie, Zeit und Geld. Wenn Sie von Ober- und Unterhitze auf Umluft umsteigen, können Sie die Gartemperatur senken und so ebenfalls bis zu 40 % Energie sparen. Bei jedem Öffnen der Backofentür gehen zusätzlich 20 % der Energie verloren, auch hier ist Sparen einfach, wenn Sie durch die Glasscheibe „in die Röhre gucken“. Viel Spaß mit Ihren herbstlichen Backideen.

grün^W
Keiner wie wir.